

AHV-Sicherung im Zentrum der letzten Landtagssitzung der Legislatur

Parlament Es ist das letzte Mal, dass sich der Landtag ab Mittwoch in dieser Zusammensetzung vor den Wahlen 2021 offiziell trifft. 36 Traktanden gilt es abzuarbeiten. Die grosse Frage: Findet sich eine Mehrheit für die langfristige AHV-Sicherung?

VON HANNES MATT

Die langfristige Sicherung der AHV ist ein zentrales politisches Thema dieses Jahres. So hatte ein Gutachten von 2019 Handlungsbedarf festgestellt, weil die AHV-Reserven in 20 Jahren auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Dies gilt es natürlich zu verhindern, auch wenn die AHV damit noch kein Sanierungsfall ist. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini schlägt hierfür unter anderem eine Einmal-einlage von 100 Millionen Franken sowie eine Erhöhung des AHV-Beitragsatzes um 0,6 Prozent auf Schweizer Niveau vor. Diese Woche soll die Entscheidung fallen.

Ein mehrheitsfähiger Kompromiss war in der ersten Lesung aber noch nicht wirklich in Sicht. So wollten einige schwarze Abgeordnete im Oktober am dreiteiligen FBP-Lösungsvorschlag festhalten, und den Sicherungsweg über die Erhöhung des OKP-Beitrags gehen, um einen Export von Steuergeldern zu verhindern. Andere Fraktionen sehen die Lösung hingegen in der Erhöhung des AHV-Staatsbeitrags. Die Freie Liste möchte etwa den Antrag stellen, diesen um 10 Millionen auf 40 Millionen Franken zu erhöhen. Doch was passiert, wenn sich die Abgeordneten nicht auf eine Lösung einigen können? Dann wird ein neuer Regierungsrat - Pedrazzini steht bekanntlich ja nicht mehr zur Verfügung - und der neue Landtag gefragt sein. Auch klar ist: Wenn zwischenzeitlich noch mehr Zeit verstreicht, wird eine Lösung auf jeden Fall nicht mehr so «günstig» zu haben sein, wie es heute der Fall ist. Ob man dann noch um eine Erhöhung des Rentenalters herumkommt?

Elternzeit und Alterspflege

Weiter befasst sich der Landtag mit einer Interpellation und einem Postulat betreffend die Finanzierung einer bezahlten Elternzeit sowie der Pflege und Betreuung im Alter. Bei



Von Mittwoch bis Freitag trifft sich der Landtag zur Dezember-Session. Der letzten in dieser Zusammensetzung. (Foto: MZ)

des wichtige Zukunftsthemen, die nach den Wahlen angepackt werden sollten. Auch bei diesen Themen wird man sich analog der AHV-Sicherung primär die Frage stellen müssen, ob Steuergelder vermehrt ins Ausland fließen sollen.

Das Milizparlament im Fokus

Am Mittwoch befassen sich die Abgeordneten in der Aktuellen Stunde aber zuerst mit sich selbst und nehmen unter die Lupe, wie der Landtag gestärkt werden kann. Ein Thema, das die Freie Liste (FL) eingebracht hatte. Dabei sollen Fragen zur Modernisierung und damit auch der Abgeltung des Milizparlaments beantwortet werden. Auch weil gemäss FL heute die Gefahr besteht, dass ein Mandat hauptsächlich von Leuten ausgeübt wird, die es sich zeitlich und finanziell leisten können.

Diskussionspotenzial bietet auch ein Nachtragskredit, der es kurzfristig

noch auf die Traktandenliste geschafft hat: Um der wegen Corona vor neuen Herausforderungen stehenden Kulturszene zu helfen und sie am Leben zu halten, beantragt die Regierung 500 000 Franken zur zusätzlichen Unterstützung von digitalen Kulturprojekten über die Kulturstiftung. Von einer direkten finanziellen Unterstützung für Künstler nimmt sie hingegen Abstand.

Da gerade in Zeiten von Krisen die Bedeutung von Kooperationen und Netzwerken steigt, entscheidet der Landtag in den kommenden Tagen auch über die Teilnahme an EU-Programmen bis 2027. Davon gibt es einige: Von «Erasmus», wo Jugendliche im Ausland interkulturelle Erfahrungen sammeln können, bis hin zum Programm «Kreatives Europa», das Kulturschaffende länderübergreifend fördern will.

Neben zahlreichen EWR/EU-Umsetzungen und weiteren Geschäften in

erster und zweiter Lesung nimmt sich der Landtag auch einer Petition einer Privatperson an, die eine sofortige Umstellung auf Gratis-ÖV für alle Nutzer fordert sowie der Verlängerung der Einspeisevergütung von Solaranlagen in Liechtenstein an. Dieser bereitet der Landtag letzten Monat bei der Behandlung der Energiestrategie 2030 nach einem Antrag von Eugen Nägele (FBP) den Boden.

Landesausschuss zum Schluss

Zudem beschäftigt sich der Landtag wie schon in den vergangenen Sessions am Ende mit der Coronasituation im Land und wählt schlussendlich den Landesausschuss. Dieser kleine Kreis von Abgeordneten wahrt die Rechte des Landtages über die Winterpause - bis am 7. Februar ein neuer Landtag gewählt wird und mit der Eröffnung durch Erbprinz Alois eine neue Legislatur in Angriff genommen werden kann.